

# Türkei: Eine Verhaftungswelle nach der anderen

VON ULRIKE DUFNER

Am 22. November fand der erste Prozesstermin im Verfahren gegen die Journalisten Ahmet Şık und Nedim Şener vor der 16. Strafkammer für schwere Verbrechen (Ağır Ceza Mahkemesi) in dem gigantischen Gerichtsgebäude von Çaglayan, Istanbul, statt. Die Türkei rühmt sich, eines der größten Gerichtsgebäude Europas präsentieren zu können. Ein Gebäude allein macht aber noch keinen Rechtsstaat.



**Radikal, 4.3.2011: „Jemand soll uns das erklären“ - Unverständnis für den Prozess gegen Şık und Şener**

In den angeblich größten Gerichtssaal dieses bombastischen Gebäudes passen gerade eben 60 Zuschauer. Ganze drei Angehörige waren pro Angeklagtem zugelassen. Für internationale Beobachter waren zehn Plätze vorgesehen. Die Presse oder die Zivilgesellschaft fand - von wenigen Ausnahmen abgesehen - überhaupt keinen Zugang. Hatte man denn doch einen der raren Plätze ergattert, nutzte auch das nicht viel. Denn nur wenige Mikrofone auf den Anwaltsbänken funktionierten und der Richter selbst war auch aufgrund des lauten Gebrummens der Klimaanlage nur mit großer Mühe zu verstehen. Nach der Mittagspause platzte dann den vielen JournalistInnen und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen buchstäblich der Kragen. Sie stürmten den Gerichtssaal, es kam zu Rangeleien mit den Sicherheitskräften.

Ahmet Şık und Nedim Şener wird die

Mitgliedschaft in der terroristischen Organisation Ergenekon vorgeworfen. Die Anklageschrift macht aber deutlich, dass es allein um das Buchmanuskript „Die Armee des Imam“ geht. Normale redaktionelle Anmerkungen in dem Manuskript wie „das muss noch geändert werden“ sollen Beleg dafür sein, dass Ahmet Şık das Buch im Auftrag von Ergenekon geschrieben habe.

Ahmet Şık und Nedim Şener sind seit dem 3. März in Haft. Die Staatsanwaltschaft fordert im Fall von Ahmet Şık eine 15-jährige Haftstrafe. Da einer der anderen Angeklagten den vorsitzenden Richter für befangen erklärte, wurde das Verfahren auf den 26. Dezember 2011 vertagt. Die Angeklagten blieben weiter in U-Haft.

Vor genau einer Woche (15. November) erschien das verbotene Buch „Die Armee des Imam“ in der Türkei: es wurde von 125 AutorInnen fertiggestellt und herausgegeben. Darunter sind die Bündnisgrünen Claudia Roth, Cem Özdemir und Franziska Keller. Es bleibt abzuwarten, ob auch sie der Ergenekon-Mitgliedschaft angeklagt werden. Was passieren wird, sollte das Buch im Ausland erscheinen, dürfte eine weitere spannende Frage sein.

Ahmet Şık und Nedim Şener sollen mundtot gemacht werden. Sie sollen auch ein warnendes Beispiel für diejenigen Journalisten sein, die sich nicht für eine „Hofberichterstattung“ hergeben wollen und stattdessen für Menschenrechte und Meinungsfreiheit eintreten. Insgesamt sind die Medien zunehmend unter Druck geraten.

Denn in der Türkei sind die Medien - Printmedien und Fernsehkanäle - in den Händen von wenigen großen Unternehmenskonglomeraten. Und diese sind von der türkischen Regierung erpressbar. Sollte sich eine Zeitung oder ein TV-Kanal mit seiner Kritik zu weit aus dem Fenster lehnen, reicht schon die Androhung einer Steuerfahndung, um sie gefügig zu machen. Denn wie das Beispiel der Doğan-Holding zeigte, kann eine solche Untersuchung die Unternehmen Millionen kosten. Dies liegt mit daran, dass sich in der Türkei kaum ein Unternehmen an die Steuergesetzgebung hält. Dadurch ist im Prinzip nahezu jedes Unternehmen erpressbar und reagiert entsprechend sensibel auf politischen Druck. Die Folge ist, dass sich die Zeitungen und TV-Kanäle immer mehr

von ihrem Auftrag der Nachrichtenberichterstattung verabschieden. Anstelle von Nachrichten werden immer mehr Kolumnen abgedruckt. Anstelle von Reportagen zu sozialkritischen oder politischen Themen kann man sich von zahlreichen TV-Serien berieseln und in eine künstliche Welt beamen lassen oder sich über neueste Erkenntnisse der Medizin - ein sehr beliebtes Thema - schlau machen. Journalisten wiederum können sich nicht zur Wehr setzen, weil sie unter extrem prekären Arbeitsbedingungen arbeiten. Wer sich als Journalist gewerkschaftlich organisieren will, riskiert seinen Job. Wer seinen Beruf als Journalist nicht aufgeben will, greift daher zu Selbstzensur.

Journalisten sind nicht die einzigen, deren Grundrecht auf Meinungsfreiheit mit der Allzweckwaffe „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ verletzt wird. Gegen Ahmet Şık und Nedim Şener wurde die Mitgliedschaft in Ergenekon auf abenteuerliche Weise konstruiert. Andere werden mit der gleichen Allzweckwaffe der KCK- oder PKK-Mitgliedschaft bezichtigt, kriminalisiert und mundtot gemacht. Während das Gericht im Fall Şık und Şener tagte, rollte eine weitere Verhaftungswelle durch die Türkei. Dieses Mal erwischte es 100 Personen, neben Bezirksbürgermeistern in den kurdischen Gebieten vor allem 47 Rechtsanwälte, darunter Abdullah Öcalans Anwälte. Im westlichen Izmir wurden Rechtsanwälte der Anwaltsorganisation „Zeitgenössische Anwälte“ festgenommen.

Deutlich ist, dass sich die Repressionen insbesondere auch gegen gewählte kommunale VertreterInnen der Oppositionsparteien BDP und CHP richtet. Hierbei sind nicht nur die pro-kurdischen GemeindevertreterInnen in den kurdischen Gebieten, sondern auch die CHP-geführten Kommunen wie Izmir oder der Istanbuler Bezirk Kadıköy im Visier der Justiz.

Das Gerede über die Unabhängigkeit der Justiz glaubt in der Türkei längst niemand mehr. Denn, interessanterweise werden die Staatsanwälte ihres Amtes enthoben, die in der für die AKP politisch brisanten Leuchtturmaffäre ermitteln wollten. Can Dündar zeigt in seinem Artikel in der Tageszeitung *Milliyet* vom 22. November am Beispiel eines Verfahrens auf, wie durch die Reform des Rates der Hohen Richter und Staatsanwälte die regierungs-

treue Strömung im Justizapparat die Oberhand gewinnt. Mit dem Referendum über einige Verfassungsänderungen vom 12. September 2010 wurde die Anzahl der Mitglieder dieses Gremiums verändert und in Folge dessen die hohen Richter durch AKP-nahe Richter ausgetauscht.

Nach dem Militär hat die AKP nun also eine weitere Bastion der Kemalisten ins Wanken und auf Linie gebracht. In der Vergangenheit wurde die verknöcherte, kemalistisch geprägte Justiz von breiten Kreisen der sich für demokratische Reformen einsetzenden Zivilgesellschaft kritisiert und als ein großes Hindernis auf dem Weg der Demokratisierung dargestellt. Das jetzige System scheint allerdings ebenso wenig dazu geeignet, eine unabhängige Justiz zu gewährleisten. Vielmehr scheint weiterhin ein Verständnis von Justiz als „willfähiges Instrument der politischen Mehrheit“ vorzuherrschen.

Die Regierung scheint es insgesamt auf die menschenrechtlich-orientierte, kurdische und kemalistisch-säkulare Opposition abzielen und die Justiz für diese politischen Ziele zu missbrauchen. „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“, so könnte man die Haltung der AKP-Regierung derzeit interpretieren. Die als „Gegner“ verstandenen Kreise wiederum werden kriminalisiert, inhaftiert und eingeschüchert.

In diesem Kontext sind die wiederholten Vorwürfe von Ministerpräsident Erdoğan gegen die deutschen politischen Stiftungen in der Türkei bezeichnend. Sie können als einen Gradmesser für den Zustand der Demokratie in der Türkei gewertet werden. Die Art, wie Ministerpräsident Erdoğan gegen die Stiftungen zu Felde zieht, sind wiederum ein Lehrstück dafür, wie die Regierung insgesamt mit Kreisen umgeht, die der Regierung offenbar zunehmend ein Dorn im Auge sind. Zum wiederholten Male äußerte sich Erdoğan auf eine sehr vage Art und Weise gegen die deutschen Stiftungen und Kreditanstalten in der Türkei. Der Vorwurf dabei ist platt und vollkommen aus der Luft gegriffen: die deutschen Stiftungen und Kreditanstalten würden über Kredite und Kooperationen mit Kommunen im kurdischen Südosten die PKK finanzieren. Keine der deutschen politischen Stiftungen in der Türkei vergibt Kredite oder ist in Infrastrukturprojekte involviert. Kredite der KfW wiederum beruhen auf bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei. Im Rahmen dieser bilateralen

Abkommen unterstützte die KfW den Aufbau von Abwasseranlagen – unter anderem in Diyarbakir. Gegenüber Bundesaußenminister Westerwelle signalisierte das türkische Außenministerium anlässlich des Türkei-Besuches von Westerwelle Mitte Oktober 2011, dass diese Vorwürfe „nicht so gemeint“ seien. Dennoch wiederholte Ministerpräsident Erdoğan seine abstrusen Anschuldigen erneut vor seinem Deutschlandbesuch anlässlich des 50. Jahrestages des Anwerbeabkommens, auf der Pressekonferenz in Berlin mit Angela Merkel und jüngst erneut anlässlich des Aufdeckens neo-nazistischer Hintergründe der Anschlagserie gegen vornehmlich türkische Geschäftsleute in Deutschland. „Es stellte sich heraus, dass bis heute acht Türken und ein Grieche von Rechten ermordet wurden. In den Medien wurde berichtet, dass sich hinter diesen Anschl-



**BirGün, 26.7.2011: „Dem Schützen [von Dink] 22 Jahre, dem, der darüber schrieb [Şener], 32 Jahre!“**

gen die Spuren einer tiefen Struktur befinden. Wir wissen, dass in Deutschland gegen die Türkei, die Türken und Ausländer unterschiedliche Machenschaften durchgeführt werden. Ich habe daran erinnert, dass nicht nur die deutschen Stiftungen, sondern auch die Kreditanstalten in diese Art Aktivitäten verwickelt sind. Wenn Sie zu diesem Thema weitere Informationen erhalten wollen, verfolgen Sie diese bitte aus der Nähe“ (22.11.2011, Rede Ministerpräsident Erdoğans vor dem türkischen Parlament). Wenige Tage zuvor (17.11.2011) erschien in dem Internetportal *habervaktim.com* ein Beitrag über Büşra Ersanlı, die wegen angeblicher KCK-Mitgliedschaft inhaftiert wurde. Im Vorspann steht in dem Beitrag „Was ist die Verbindung zwischen Ersanlı und der Heinrich Böll Stiftung? Was ist die Verbindung der HBS zur PKK?“ Abgedruckt sind darin Auszüge

aus dem eigentlich nicht-öffentlich zugänglichen Untersuchungsbericht gegen Ersanlı, darunter ein Telefonat der HBS mit Professor Ersanlı, in dem sie zu einem Hintergrundgespräch eingeladen wurde. Gegenüber Frau Ersanlı steht in diesem Beitrag unter anderem „sie gehört zu den Gründern der Helsinki Citizens Assembly des jüdischen Spekulanten George Soros“. Im folgenden Wortlaut heißt es dann „Es stellte sich heraus, dass Büşra Ersanlı, die von einer Gruppe sogenannter Intellektueller und Schriftsteller unterstützt wird, auch Verbindungen zur Heinrich Böll Stiftung hat, die über die BDP-Kommunen die PKK finanziert“.

Deutlich wird folglich, dass die Opposition in der Türkei mittels eines plumpen, aber in der Türkei auf fruchtbaren Boden fallenden xenophoben Nationalismus und Rassismus kriminalisiert und als „Staatsfeind“ abgestempelt werden soll. Nationalismus benötigt immer den „Anderen“. Das „Andere“ sind diejenigen, die mit dem „feindlichen Ausland“ zusammenarbeiten. Dabei greift Erdoğan tief in die Trickkiste: er stellt eine Verbindung her zwischen den neonazistischen Anschlägen und der in Deutschland leider noch immer bestehenden Ausländerfeindlichkeit insbesondere ultra-rechter Kreise und der Arbeit der politischen Stiftungen in Deutschland. Er suggeriert damit also, dass die deutschen politischen Stiftungen Teil der sog. dunklen, gegen die Türkei, die Türken und Ausländer gerichteten Machenschaften sind. Diese Stiftungen arbeiten dieser Logik zufolge natürlich mit den Kreisen zusammen, die ähnliche Ziele verfolgen.

Und schon ist im Fokus eigentlich die Zivilgesellschaft und Opposition in der Türkei. Sie sind dieser Logik zufolge Produkt feindlicher ausländischer Kräfte und Kollaborateure dieser feindlichen Kräfte. Einen Schritt weiter gedacht, wird deutlich, worum es geht: die Türkei hat kein Kurdenproblem. Das Problem sind die „ausländischen, feindlichen Mächte“, die in der Türkei Unruhe stiften.

Nun ja, man darf gespannt sein, wie lange die europäischen Mitgliedstaaten noch zu diesen bedenklichen innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei schweigen und wie lange sie - wie derzeit Großbritannien - der Türkei den „Hof“ machen oder über „das Modell Türkei“ im Nahen und Mittleren Osten schwelgen.

**Zur Person:** Dr. Ulrike Dufner ist Leiterin der Heinrich Böll Stiftung in der Türkei.